

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Leipzig behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72204. **Verkaufspreis**: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Taubauer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 723 6. — **Verlag** in Leipzig, Taubauer Straße 19/21 — **Telefon** 72 10

Inseratenpreise: Die 11zeilige, Kolonellzeile 35 Pfg., bei Vorkauf 30 Pfg. Stellenangebote 10 Pfg. Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Pfg. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamazeile 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10zeilige, Kolonellzeile 40 Pfg. bei Vorkauf 35 Pfg., Reklamazeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Zustäger, unsere Annoncenbureau und alle Postämter entgegen

Völkerbundstaaten im Krieg!

Bolivien erobert

SPD London, 17. Dezember.

Der Außenminister Paraguays hat Kellogg mitgeteilt, daß Paraguay das Angebot der Panamerikanischen Konferenz zur Schlichtung des Streites mit Bolivien annehmen würde. Auch aus La Paz wird berichtet, daß die bolivianische Regierung bereit sei, eine Vermittlung anzunehmen, da sie mit der Eroberung einiger Forts des Gegners den „Angriff auf ihre nationale Ehre“ gerächt habe. Während beide Regierungen sich zu Verhandlungen bereit erklären, schlagen die Generale weiter los. Mehr als 200 Soldaten haben bereits ihr Leben lassen müssen. Die bolivianischen Truppen haben inzwischen sogar einen allgemeinen Angriff auf die Grenzforts Paraguays unternommen. Nach mehrstündigem Kampfe gelang es ihnen auf Grund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, die Verteidiger zum Rückzug zu zwingen. Den verstärkten Streitkräften von Paraguay gelang es bei einem Gegenangriff, nach 12stündigen heftigen Kämpfen drei der verlorenen Forts wieder zu besetzen.

Die bolivianische Regierung hat dem Völkerbundsrat inzwischen mitgeteilt, daß der Zusammenstoß bei Fort Boqueron durch die provozierende Haltung anmarschierender paraguayischer Truppen verursacht worden sei.

Kellogg gegen eine Intervention

U. Berlin, 18. Dezember.

Wie Berliner Blätter aus Washington melden, erklärte Staatssekretär Kellogg am Montag, daß die Vereinigten Staaten

an ihrer Haltung festhalten, daß eine Intervention im paraguayisch-bolivianischen Konflikt von außen her nicht stattfinden dürfe. Die panamerikanische Konferenz, die jetzt in Washington tagt, halte jedoch an ihrem von Paraguay bereits angenommenen Vermittlungsangebot fest.

Kämpfe um die Forts

SPD London, 18. Dezember.

Das paraguayische Kriegministerium meldet vom Kriegshauptquartier, daß die Truppen Paraguays drei von den bolivianischen Truppen eroberten Forts, nämlich Balois, Abaroa und General Genes, wieder erobert haben. Die eigenen Verluste werden mit sechs Toten angegeben. Die Bolivianer sollen 2 Offiziere und zahlreiche reguläre Soldaten und Indianer verloren haben.

Eine energische Note

SPD London, 18. Dezember.

Nach einer Kabelmeldung aus Newyork hat die Regierung von Chile eine Note an Bolivien gerichtet, in der sie die Einstellung aller militärischen Operationen und sofortige Annahme der Vermittlungsvorschläge fordert. Es hätten sich sämtliche amerikanischen Staaten verpflichtet, nichts zu unternehmen, um den Frieden zu gefährden, und auch Bolivien müßte diesen Weg gehen.

Nach Informationen aus Buenos Aires gedankt auch Argentinien in den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay einzugreifen.

Trotz Kellogg-Pakt und Völkerbund

Es ist in dem Grenzgebiet zwischen Bolivien und Paraguay zu regulären Gefechten gekommen. Bolivianische Truppen haben, so wird berichtet, einige Forts, die zu Paraguay gehören, nach kurzen Kämpfen genommen. In La Paz, der Hauptstadt von Bolivien, „verammelte sich, als sich die Kunde von den siegreichen Gefechten in der Stadt verbreitete, eine Menschenmenge von 20 000 Köpfen vor dem Regierungsgebäude, sang wiederholt die Nationalhymne und brachte dem Präsidenten stürmische Ovationen dar. Die ganze Stadt ist auf den Beinen, überall ertönt Musik, Fahnen werden umhergetragen und mit Hochrufen begrüßt. Die Kriegsstimmung hat ihren Höhepunkt erreicht“. Vielleicht schon wieder überschritten. Denn wie im Kriege von 1914—1918, so stehen sich jetzt schon zu Beginn dieses Krieges die Meldungen der Kriegsministerien der beiden Länder gegenüber. Aus Paraguays Hauptstadt Muncion wird gemeldet, daß die Truppen Paraguays inzwischen einige der verlorengegangenen Forts wieder zurückerobert haben. Wenn es sich dabei auch um keine Massenschlachten, wie sie für den nächsten Krieg zwischen imperialistischen Staaten vorausgesetzt werden, handelt, so soll es doch in den bisherigen Kämpfen schon einige hundert Tote gegeben haben.

Daß dieser Krieg sich im Urwaldgebiet abspielt und nicht mit dem Rieseneinsatz von Material geschlagen wird, darf kein Grund sein, über ihn etwa als über ein unbedeutendes Ereignis hinwegzusehen. Nicht erst einmal in der Geschichte haben anfänglich kleine Brände weite Gebiete verheert. Und es gilt auch für diesen Krieg, daß sein Ausbruch hätte verhindert werden können, wenn daran die größere Macht, die Bolivien in den letzten Jahren finanziert hat, ein Interesse gehabt hätte.

Es wird von einer ganzen Reihe nebeneinanderlaufender Vermittlungsaktionen berichtet. Der Präsident von Argentinien soll seine Dienste angeboten haben, ebenso der Papst, und auch Chile hat in einer Note an Bolivien erklären lassen, daß es die Wiederherstellung des Friedens fordert. Außerdem hat auch die panamerikanische Konferenz einen Beschluß gefaßt, nach dem eine Vermittlung in dem Streit versucht werden soll. Bei jodler Vermittlungsangeboten müßte es eigentlich keine allzu große Schwierigkeit sein, Bolivien und Paraguay zu veranlassen, ihren Konflikt auf friedlichem Wege auszutragen. Wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren neuer Präsident Hoover jetzt in Südamerika wirkt, nur das selbstlose Interesse an der Wiederherstellung des Friedens hätten, dann würde der Krieg wahrscheinlich sehr rasch erledigt sein. Aber es verstärkt sich der Eindruck, daß Bolivien seine kriegerische Aktivität unter ausdrücklicher Duldung und Unterstützung der nordamerikanischen Imperialisten entfaltet hat. Nicht allein, daß Bolivien im vergangenen Jahre eine Anleihe von rund 60 Millionen Mark von einer Newyorker Bankgruppe erhalten hat, die zum größten Teil in Munitionskäufen gegen Paraguay verwendet worden sein soll, noch vor wenigen Monaten erst hat Bolivien noch einmal 100 Millionen Mark Anleihe erhalten. Damit ist Bolivien mit weit über 400 Millionen Mark bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika verschuldet. Die amerikanische Finanzkommission kontrolliert übrigens, daß die bolivianischen Steuern für diese Anleihen eingetrieben werden. Daß diese Summen durch diesen Krieg für die Gläubiger gefährdet werden, ist nicht anzunehmen. Denn wie er auch ausgehen mag, die nordamerikanischen Imperialisten sind mächtig genug, um auf jeden Fall ihre Schuldsumme einzutreiben. Und es ist kein Wunder, wenn Hoover bolivianischen Währungsträger, die er kürzlich empfangen hat, nicht

im jankaren gelassen haben, daß die Vereinigten Staaten ein kriegerisches Vorgehen gegen Paraguay nicht wünschen.

So aber wird jetzt gerade das Gegenteil gemeint, nämlich, daß die Regierung in Washington sich entschieden gegen eine Vermittlungsaktion von außenher wendet. Wahrscheinlich wird damit nicht nur die Vermittlungsaktion des Papstes und auch des Völkerbundes abgelehnt, sondern jede Vermittlungsaktion überhaupt. Die Oel- und Finanzkapitalisten der Vereinigten Staaten scheinen ziemlich sicher zu sein, daß das unter ihrem Einfluß stehende Bolivien über das viel kleinere Paraguay siegreich bleiben wird, und daß als Frucht dieses Sieges auch ihnen mühelos neue Erfolge werden. Und das Grenzgebiet, um das jetzt gekämpft wird, hätten sie sehr gern. Sowohl wegen der Petroleumvorkommen, die in ihm liegen sollen, als auch wegen der reichen Erbsitzmengen, die der dort häufig vorkommende Quebrachobaum liefert. Daß außerdem allgemein machtpolitische und strategische Erwägungen den Appetit stärken, versteht sich.

Diese Zuträuflichkeit des nordamerikanischen Imperialismus wird auch der Völkerbund noch zu spüren bekommen, vorausgesetzt, daß die Aktion, die jetzt angeündigt wird, wirklich durchgeführt wird. Für den Völkerbundsrat, der wegen dieses Krieges in aller Kürze zu einer außerordentlichen Tagung zusammenberufen werden soll, ist dann die Frage zu entscheiden, ob er wenigstens die Anerkennung der Völkerbundsbedingungen von seinen Mitgliedern erwirken will. Diese Satzungen schließen einen Krieg zwischen zwei Völkerbundstaaten vollkommen aus und verpflichten sie, eine „etwa entstehende Streitfrage, die zu einem Bruch führen könnte, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten“. Beides ist nicht geschehen, vielmehr ist mit dem Krieg begonnen worden, von dem es im Artikel 11 der Völkerbundscharte heißt, daß „jeder Krieg“, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des Bundes ist. Und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen“ hat. Ausdrücklich heißt es im Artikel 16 noch einmal:

Schließt ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13, 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres zu angehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen.“

In diesem Falle haben dann alle Bundesmitglieder die Pflicht, jede irgendwie gearteten Beziehungen zu diesem Vertragsbrecher abzubauen, und außerdem kann der Völkerbund diesen Staat ausschließen. Diesen Beschlüssen wird wahrscheinlich die Vermittlungsaktion des Völkerbundes nicht nehmen. Denn an den Vereinigten Staaten, die nicht zum Völkerbund gehören, die aber mächtiger als er sind, kann der Völkerbund nicht vorübergehen. Ja, er kann nicht einmal eine Vermittlungsaktion gegen ihren Willen zum Ziele führen. Er hat sich dieser Möglichkeit selbst begeben durch die Anerkennung der Monroe-Doktrin, wonach er kein Recht hat, sich in inneramerikanische Angelegenheiten einzumischen. Und dieser Krieg ist zu einer inneramerikanischen Angelegenheit erklärt worden.

Also nicht beim Völkerbund, sondern zuerst bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und zu einem kleinen Teile auch bei den großen südamerikanischen Staaten Argentinien, Chile und Brasilien liegt die Entscheidung über diesen Krieg. Und da in keinem dieser Länder die sozialistische Arbeiterbewegung Einfluß hat, so kann nicht erwartet werden, daß diese Entscheidung im Sinne der wirtschaftlichen Sicherung und Festigung der freibürgerlichen Beziehungen zwischen Völkern fällt. Sie wird fallen zugunsten der Interessen der mächtigen imperialistischen Schicht des amerikanischen Kontinents.

Die „Köpfe“ und ihre Parteien

Zu den letzten Beschlüssen des Reichsparlaments

Mit der mitterrücklichen Sonntagssitzung trat der Reichstag in eine vierwöchige Ferienpause ein. Damit wurde ein weiterer Abschnitt in der Aera des Kabinetts der Köpfe zum Abschluß gebracht. Die Wintertagung begann mit dem Kampfe um die Entscheidung in der Panzerkreuzerfrage, über deren Ausgang eingehend berichtet wurde. Die Beschlüsse des Reichstages sind in keinem Sinne den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei gerecht geworden. Der Panzerkreuzer wird gebaut, wenn nicht, wider alles Erwarten, bei dem Kampfe um die zweite Rate eine völlig veränderte politische Situation eintreten wird. Bei der Ruhrkampffrage hat die Führung des Kabinetts vollkommen versagt. In der Verantwortung der kommunistischen Interpellation über den Eisenkampf erklärte der Reichsarbeitsminister, Genosse Wissell, daß durch den Schiedspruch „ein rechtsgültiger Tarifvertrag“ zustande gekommen ist, und daß dieser „natürlich zu erfüllen“ sei. Der Reichsarbeitsminister konnte seine Hand nicht dazu bieten, „daß der Tarifvertrag wegen einer von mir nach der geschiedenen Rechtslage für unrechtmäßig gehaltenen Kampfstellung der einen Seite abgeändert werde“. Am Ende wurde Genosse Severing als Oberschiedsrichter eingesetzt, der verbindlich erklärte Schiedspruch wurde preisgegeben. Damit hat die Reichsregierung dem Schiedsgerichtswesen selbst einen harten Stoß versetzt und obendrein, ohne daß weder die Gewerkschaften, noch auch die Reichstagsfraktion unterstützt wurden.

Dieses Gegeneinanderarbeiten der Koalitions-Parteien gegen ihre „Köpfe“ ist im Laufe der Wochen bereits zur Tradition geworden. Nur in den seltensten Fällen haben sie bei der Entscheidung über eine konkrete Frage geschlossen gestimmt. Die Sozialdemokratie wandte sich gegen die Volkspartei und umgekehrt die Partei Stresemanns wieder gegen die Partei des Reichsfinanzministers Müller, so daß die gesamte Reichspresse ihre Freude hatte. Das könnte der Sozialdemokratischen Partei letzten Endes gleichgültig sein, wenn sie dabei nicht selber unter die Räder käme. Wie aber haben sich die Dinge im einzelnen abgespielt?

In der letzten Woche entschied der Reichstag über ein Gesetz zur Abänderung der Unfallversicherung, die zweifelslos Vorteile für die arbeitenden Schichten mit sich bringt. Durch diese „Veränderungen“ wurden eine Reihe von Angestelltenkategorien, so die in der Wohlfahrtspflege, in Laboratorien, bei Schauspielunternehmungen usw. tätigen in die Unfallversicherung eingegliedert. Hierzu lag ein Gesetzentwurf der Regierung vor, der also mit Zustimmung der volksparteilichen „Köpfe“ zustande gekommen sein dürfte. Bei den Abstimmungen aber hat sich ergeben, daß die Volkspartei unter Führung der Deutschnationalen gegen die Eingliederung weiter Angestelltenkategorien, wie sie im Gesetz vorgesehen gewesen ist, stimmten. Die Volkspartei blieb in der Minderheit, weil das Zentrum in diesen sozialen Fragen mit den Linksparteien ging.

Die Wirtschaftspartei hatte am 5. Juli einen Antrag eingereicht, der eine andere Regelung der Gefrierfleischfrage zum Ziele hatte. Er verlangte, „daß die bevorzugte Belieferung der Konsumvereine aufgehoben“ werde, und daß „die Weiterverteilung an die Fleischerergewerbetreibenden und Konsumvereine gleichmäßig entsprechend der im vierten Quartalsjahr 1927 getätigten Umsätze vorzunehmen“ sei.

Der Reichstag hat zwar den Vorstoß der Wirtschaftsparteiler abgewehrt, und dies mit den Stimmen der Volkspartei, aber jede Aenderung im positiven Sinne fiel infolge der Gegenwehr in den bürgerlichen Parteien der Koalition. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Kontingents auf 120 000 Tonnen, wurde einstimmig und geschlossen abgelehnt.

Ein besonderes Kapitel war der Kampf um die Besteuerung der Toten Hand. Die Regierung hatte von vornherein auf die Führung verzichtet und die Entscheidung in die Hand der Fraktionsführer gelegt. Das Kabinett hätte die Möglichkeit gehabt, eine Aenderung der Gesetzestexte in den Paragraphen 10, 20 und 28 herbeizuführen. Dann wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, diese Bestimmungen aus dem Grunderwerbsteuergesetz durchzuführen, wie das in dem von Erzberger geschaffenen Gesetz für den 1. Januar 1929 vorgesehen gewesen war. Aber die Regierung verzichtete auf jede Initiative, obwohl die Deutschnationalen bereits am 24. Oktober einen Antrag stellten, nach dem die Besteuerung der Toten Hand und des gebundenen Besitzes mit all dem im Finanzausgleichsgesetz bestehenden Zuschlagsmöglichkeiten radikal beseitigt werden sollte. Erst als der Antrag der Deutschnationalen im Steuerausschuß behandelt wurde, wurde der Kuhhandel unter den Parteien in die Wege geleitet, wobei sich wiederum ergab, daß die Deutsche Volkspartei und natürlich auch das Zentrum, soweit die Besteuerung der Toten Hand in Frage kommt, mit den Deutschnationalen vollkommen eines Sinnes waren. Zwar wurde auch hier erreicht, daß die vollkommene Befreiung dieser Steuerparagraphen verhindert wurde. Aber es ist ein höchst ungenügender Trost, daß die Erhebung der Steuer bis zum